

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

134. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 27. Oktober 2004

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Operation Enduring Freedom; Hochschulrahmengesetz; eventuelle Neubesetzung der Position des Staatsministers im Kanzleramt**

12229 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12229 B

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU)
12229 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12230 A

Günther Friedrich Nolting (FDP)
12230 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12230 D

Gernot Erler (SPD)
12231 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 A

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)
12231 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 C

Karl-Theodor Freiherr von und zu
Guttenberg (CDU/CSU)
12231 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 D

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU)
12231 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 A

Petra Pau (fraktionslos)
12232 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 C

Rainer Arnold (SPD)
12232 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 D

Hans Raidel (CDU/CSU)
12233 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12233 A

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)
12233 B

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12233 C

Dirk Niebel (FDP)
12233 D

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12233 D

Petra Pau (fraktionslos)
12234 B

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12234 C

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU)
12234 C

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12234 D

Carl-Ludwig Thiele (FDP)
12235 A

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12235 B

Dirk Niebel (FDP)
12235 B

Rolf Schwanitz, Staatsminister BK
12235 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (...)
Vielen Dank.

Gibt es noch Fragen zu anderen Themenbereichen der heutigen Kabinettsitzung? – Herr Kollege Dirk Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – In der heutigen Kabinettsitzung soll auch das **Hochschulrahmengesetz** besprochen worden sein. Mich interessiert, ob die Bundesregierung beschlossen hat, dass auch in Zukunft die weitere Verwendung von wissenschaftlichen Kräften nach der Promotion in befristeten Beschäftigungsverhältnissen nur für höchstens zwölf Jahre möglich sein soll, und – wenn dies der Fall sein sollte – ob der Bundesregierung klar ist, dass dann wissenschaftliche Kräfte in Forschungseinrichtungen und Universitäten nach zwölf Jahren befristeter Tätigkeit, wie sie heutzutage gang und gäbe ist, faktisch einem Berufsverbot unterliegen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Darf ich fragen, wer von der Bundesregierung zur Beantwortung zur Verfügung steht? – Herr Staatssekretär, bitte.

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass das Kabinett heute die im Hinblick auf die Juniorprofessuren dringend notwendige Novellierung des Hochschulrahmengesetzes verabschiedet hat. Wir haben damit seitens der Politik wieder Rechtssicherheit für die betroffenen jungen Leute schaffen können.

Was die von Ihnen angesprochene Befristung angeht, ist eine Übergangsregelung vorgesehen. Durch diesen Zeitgewinn von etwa zwei Jahren können wir die Regelungen so ausgestalten, dass sie sowohl den Anforderungen des Verfassungsgerichts als auch den Notwendigkeiten in der Wissenschaft entsprechen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Gibt es Ergänzungsfragen? – Bitte schön, Herr Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Die Übergangsregelung soll meinen Informationen zufolge bis 2008 gelten. Ist der Bundesregierung bewusst, dass die Forscher, die sich nicht habilitieren möchten, 2008 noch vor exakt demselben Problem stehen wie jetzt?

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das Entscheidende ist, dass wir jetzt in die Detailgespräche eintreten können und Rechtssicherheit für die jungen Leute, die zurzeit im Wissenschaftsbetrieb arbeiten, hergestellt haben. Das war uns wichtig und das ist mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts sichergestellt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Es ist eigentlich nicht zulässig, drei Fragen zu stellen. Aber da uns noch ausreichend Zeit zur Verfügung steht, lasse ich es zu. – Bitte schön.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich habe eine Frage zu einem anderen Themenbereich der Kabinettsitzung. Treffen Presseberichte zu, nach denen Staatsminister Schwanitz gegen den ehemaligen Generalsekretär der SPD, Herrn Scholz, ausgetauscht werden soll?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Entschuldigen Sie, Herr Niebel. Ich möchte Ihre Frage zurückstellen, weil die Kollegin Pau noch eine Frage zu dem anderen Themenkomplex stellen wollte.

Dirk Niebel (FDP):

Dann kann sich der Herr Staatssekretär schon die Antwort überlegen. Ich melde mich später gerne noch einmal.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Pau, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Danke, Herr Präsident. – Ist der Bundesregierung bewusst, dass durch die eben angesprochene Übergangsregelung den etwas älteren wissenschaftlichen Kräften, die von der Befristungsregelung betroffen sind – ich habe in meiner Wahlkreissprechstunde konkrete Fälle kennen gelernt –, nicht geholfen ist, weil die Frist schon im nächsten Jahr greift, sodass de facto ein Berufsverbot für sie gilt?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kasparick.

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Mir ist nicht bekannt, dass das Kabinett heute früh über eine Vorlage abgestimmt hat, die das Wort „Berufsverbot“ enthält.

(Petra Pau [fraktionslos]: Das ist die praktische Wirkung!)

Uns lag daran, Rechtssicherheit für junge Wissenschaftler herzustellen. Dies ist mit dem heutigen Beschluss sichergestellt worden.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]:
Was ist denn das für ein Beschluss?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank. – Kollege Christian Schmidt, bitte.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Allein mein Interesse als Parlamentarier drängt mich danach, von der Bundesregierung zu erfahren, welche Rechtsqualität ein Beschluss des Kabinetts, der Rechtssicherheit schaffen soll, hat. Verstehe ich es richtig, dass es dabei um eine Verordnung geht, oder soll diese Thematik in einem Gesetz geregelt werden? Ist dem Herrn Staatssekretär bekannt, dass das Kabinett zwar Beschlüsse fassen kann, dass aber immer noch das Parlament die Gesetze verabschiedet?

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Verehrter Herr Kollege, ich habe vorausgesetzt, dass Ihnen das parlamentarische Verfahren bekannt ist. Dieses Verfahren sieht vor, dass das Kabinett einen Gesetzentwurf beschließt, der dann dem Parlament zugeleitet wird. Von dieser Voraussetzung bin ich einfach ausgegangen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Wie soll dann Rechtssicherheit entstehen?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt folgen ergänzende Fragen von Herrn Christian Schmidt und Herrn Thiele.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, ich möchte Sie bitten, noch einmal zu erklären, worin denn die Rechtssicherheit besteht, wenn Sie im Kabinett einen Gesetzentwurf verabschiedet haben, den Sie dem Deutschen Bundestag zur Beratung zuleiten wollen.

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Der Gesetzentwurf, der heute im Kabinett verabschiedet worden ist, hat die Wiederherstellung der Rechtssicherheit für Juniorprofessuren zum Ziel.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]:
Dann müssen Sie sich geschickter ausdrücken!)

Ich hoffe, dass Sie das jetzt verstanden haben.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Sie haben es nicht verstanden! Nun werden Sie mal nicht unverschämt! Werfen Sie einmal einen Blick ins Grundgesetz!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Thiele.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Herr Staatssekretär Kasparick, die Fragestunde soll dem Parlament die Möglichkeit geben, Fragen an die Regierung zu stellen. Der Erkenntnisprozess kann mitunter beidseitig sein.

Meine Frage ist, wie Sie Rechtssicherheit herstellen, indem Sie im Kabinett einen Gesetzentwurf beschließen, der aber erst noch parlamentarisch beraten werden muss. In diesem Zusammenhang interessiert mich ebenfalls, von welchem Zeitpunkt an Sie erwarten, dass Rechtssicherheit hergestellt ist, und ob der Gesetzentwurf noch in diesem oder erst im nächsten Jahr in das Parlament eingebracht wird. Hat nur das Kabinett das beschlossen und wird die rot-grüne Regierungsmehrheit von Ihnen quasi nur als Durchleitungsgesetzgeber betrachtet oder beabsichtigen Sie im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens auch Anhörungen durchzuführen – wie das zumindest in anderen, nicht so bildungsnahen Bereichen üblich ist –, in deren Folge Änderungen möglich sind?

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Sie haben mich nach den Zeitabläufen gefragt. Aufgrund der Tatsache, dass der Gesetzentwurf heute das Kabinett passiert hat, haben wir eine wichtige Etappe erreicht. Unser Ziel ist, den Gesetzentwurf Anfang nächsten Jahres in das Parlament einzubringen. Ich freue mich übrigens sehr, dass die FDP-Fraktion unser Anliegen sehr unterstützt. Deswegen bin ich ganz zuversichtlich, dass wir das Ganze mit einer gemeinsamen Anstrengung hinbekommen werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank. – Herr Niebel, die Antwort auf Ihre Frage steht noch aus. Vielleicht wiederholen Sie Ihre Frage.

Dirk Niebel (FDP):

Ich möchte gerne von der Bundesregierung wissen, ob Presseberichte stimmen, wonach der Staatsminister im Kanzleramt, Herr

Schwanitz, gegen den Abgeordneten Scholz ausgetauscht werden soll.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]:
Nein, der Benneter macht das doch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Bitte schön.

Rolf Schwanitz, Staatsminister beim Bundeskanzler:

Herr Kollege Niebel, diese Presseberichte kann ich nicht bestätigen. Ich bleibe Ihnen erhalten.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ich dachte schon, wir müssten Ihren Rücktritt fordern!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Vielen Dank, Herr Schwanitz. – Damit sind wir am Ende der Regierungsbefragung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

– Drucksachen 15/3999, 15/4025 –